Online-Seminar LIVE: Presse- und Äußerungsrecht – Aktuelle Praxisprobleme und Rechtsprechungstendenzen

Live-Übertragung: 16. Dezember 2026,
13.30 – 19.00 Uhr
(inkl. 30 Min. Pause)

Zeitstunden: 5 h – mit Bescheinigung nach §15 Abs. 2 FAO

Kostenbeitrag: **ab 265,– €** (USt.-befreit)
für Mitglieder der kooperierenden Rechtsanwaltskammern
305,– € (USt.-befreit) regulär

Nr.: 23257906

Anmeldung über die DAI-Webseite
www.anwaltsinstitut.de
mit vielen neuen Services:



- Zugriff auf alle digitalen Unterlagen zur Fortbildung: Von Arbeitsunterlage bis zur Teilnahmebescheinigung
- Komfortable Umbuchungsmöglichkeiten
- Direkter Zugriff auf alle digitalen Lernangebote
- Speichern interessanter Fortbildungen auf Ihrer persönlichen Merkliste

Die DAI Online-Seminare LIVE

Die Teilnahme an diesem Online-Seminar LIVE erfolgt via Microsoft Teams. Ihre fachlichen Fragen können Sie jederzeit im direkten Austausch mit dem Referenten stellen und diskutieren. Dafür sind ein Mikrofon und/oder Webcam notwendig.

Teilnahmebescheinigung nach §15 Abs. 2 FAO

Das DAI stellt die Voraussetzungen zum Nachweis der durchgängigen Teilnahme sowie die Möglichkeit der Interaktion während der Dauer der Fortbildung bereit. Die Online-Vorträge LIVE werden damit wie Präsenzveranstaltungen anerkannt und können für die gesamten 15 Zeitstunden genutzt werden.

Kontakt

Deutsches Anwaltsinstitut e. V.
Gerard-Mortier-Platz 3, 44793 Bochum
Tel. 0234 970640
info@anwaltsinstitut.de
Vereinsregister des Amtsgerichts Bochum: VR-Nr. 961

DAI-Newsletter – Jetzt anmelden
Einfach QR-Code scannen oder unter
www.anwaltsinstitut.de/dainewsletter/

DAI Deutsches Anwaltsinstitut e.V.

Fachinstitut für Urheber- und Medienrecht

Online-Seminar LIVE

Presse- und Äußerungsrecht – Aktuelle Praxisprobleme und Rechtsprechungstendenzen

– VIA MICROSOFT TEAMS –

16. Dezember 2026
13.30 – 19.00 Uhr
Online

Michael Reinke
Vors. Richter am Landgericht

www.anwaltsinstitut.de

Gemeinnützige Einrichtung der Bundesrechtsanwaltskammer, Bundesnotarkammer, Rechtsanwaltskammern und Notarkammern.

Referent

Michael Reinke, Vors. Richter am Landgericht

Inhalt

Das Presse- und Äußerungsrecht ist im stetigen Wandel begriffen. Wie nur wenige andere Rechtsgebiete wird es durch die nationale und europäische Rechtsprechung geprägt.

Der als Vorsitzender der Pressekammer des Landgerichts Berlin tätige Referent stellt in seinem äußerungsrechtlichen Überblick alle wichtigen neuen Entscheidungen des EGMR, des BVerfG, des BGH und der Instanzgerichte zu einem übersichtlichen Update des Verfahrensrechts sowie des materiellen Presse- und Äußerungsrecht zusammen.

Dabei werden aus der Sicht der richterlichen Praxis neben den Grundzügen des Presse- und Äußerungsrechts die neuesten Rechtsprechungstendenzen unter anderem zu Fragen des Wegfalls des Verfügungsgrundes bei einer Selbstkorrektur der Medien, des Sachvortragsverwertungsverbots bei persönlichkeitsrechtswidriger Informationsgewinnung, der reaktiven Prüfpflicht der Medien bei Online-Dauerpublikationen, der berichterstattungsbedingten Stigmatisierung und Prangerwirkung, des Gegendarstellungsrechts, der Verdachtsberichterstattung sowie der Richtigstellung und Geldentschädigung behandelt.

Die Veranstaltung wird abgerundet durch eine presse- und äußerungsrechtliche Einschätzung zu den wesentlichen verfahrensrechtlichen Problemen des einstweiligen Verfügungsverfahrens, der internationalen Zuständigkeit, der Darlegungs- und Beweislast sowie der Festsetzung des Gegenstandswertes in Presse- und Äußerungssachen.

Die Veranstaltung richtet sich neben auf dem Gebiet des Presse- und Äußerungsrechts bereits tätige Rechtsanwälte und Verlagsjuristen auch an Berufsanfängerinnen und -anfänger, die beabsichtigen, zukünftig häufiger bei der Durchsetzung oder Abwehr von äußerungsrechtlichen Ansprüchen tätig zu werden.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen erhalten eine instruktive Arbeitsunterlage.

Arbeitsprogramm

I. Aktuelle presserechtliche Must-knows des EGMR, BVerfG, BGH und der Instanzgerichte

II. Unwahre Tatsachenberichterstattung

1. Darlegung- und Beweislast
2. Persönlichkeitsrechtsneutrale Abweichungen von der Wahrheit

III. Verdachtsberichterstattung

1. Mindestbestand an Beweistatsachen
2. Keine Vorverurteilung
3. Anhörung des Betroffenen
4. Öffentliches Interesse und Vorgang von hinreichendem Gewicht
5. Bildveröffentlichungen, §§ 22, 23 KUG
6. Laienprivileg
7. Reaktive Prüfpflichten der Medien bei nachträglichen Entwicklungen

IV. Erkennbarkeit des Betroffenen

1. Über den engsten Personen- und Freundeskreis hinausgehend
2. Personen mit Sonderwissen
3. Sonderproblem: Bildnisveröffentlichung (§§ 22, 23 KUG)

V. Berichterstattung über die Privat-, Geheim- und Intimsphäre des Betroffenen

VI. Selbstöffnung

VII. Unterlassungsansprüche

VIII. Richtigstellungsansprüche

IX. Gegendarstellungsansprüche

X. Geldentschädigungsansprüche

XI. Presse- und äußerungsrechtliche Besonderheiten des Verfahrens- und Vollstreckungsrechts

1. Aktuelle Rechtsprechungstendenzen bei der einstweiligen Verfügung
   a) Örtliche Zuständigkeit bei Online-Berichterstattung
   b) Internationale Zuständigkeit
   c) Wegfall des Verfügungsgrundes nach Selbstkorrektur der Medien
   d) Selbstwiderlegung durch verspätete Anrufung des Gerichts oder zögerliche Verfahrensführung
2. Gegenstandswerte in Presse- und Äußerungssachen
3. Vollstreckung bei kerngleichen Verstößen gegen Unterlassungstitel

XII. Sonstiges